

In der arabischen Welt wird Geschichte gemacht

DAS MÜLHEIMER NAHOSTGESPRÄCH ZUM ARABISCHEN FRÜHLING

Krise und Proteste im Iran

Auf diesen Referenten hatte das Mülheimer Nahostgespräch zwei Jahre warten müssen: Die iranischen Behörden hatten den renommierten Ökonomen Bijan Khajepour nach den Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 monatelang in Haft gehalten und seine Ausweispapiere abgenommen.

Seine Ausreise zu dem Nahostgespräch 2009 zum Thema „30 Jahre Islamische Republik Iran“ war damals trotz direkter Intervention des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung beim iranischen Botschafter in Berlin nicht erlaubt worden. Ihm gelang schließlich vor wenigen Monaten die Flucht. Doch das iranische Regime geht weiterhin mit Haft, Folter und Ermordungen gegen oppositionelle Stimmen vor. Und so ist Iran auch ein aktuelles Beispiel für die Art, in der die autoritären Regime im Nahen Osten und in Nordafrika ihre eigenen Bürger misshandeln, gegen Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Und auch im Iran klammern sich die von der jungen Bevölkerung mehrheitlich abgelehnten alten Kräfte an die Macht, schrecken aber vor den kleinsten Reformschritten zurück, aus Sorge, damit die Büchse der Pandora zu öffnen. Stattdessen werden die Repressionen gegen oppositionelle Kräfte massiv erhöht.

Durch die Massenproteste der grünen Bewegung ist das iranische Regime jedoch unter anhaltenden Reformdruck geraten. Khajepour hält es daher für wahrscheinlich, dass die für 2013 geplanten Präsidentschaftswahlen

nicht mehr stattfinden werden. Statt eines vom Volk gewählten Präsidenten werde es voraussichtlich wieder einen vom Parlament gewählten Ministerpräsidenten geben.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die regionale Zusammenarbeit sieht Khajepour als die wichtigsten Perspektiven der aktuellen Umbrüche. Dabei werde die Entwicklung nicht immer den westlichen Erwartungen entsprechen. Die westlichen Demokratien sieht er aus regionaler Sicht nicht als alternativlose Modelle für die Transformationsstaaten: Der Westen werde nicht nur wegen der jahrzehntelangen Unterstützung der autoritären Regime in der Region kritisch gesehen, auch aufgrund der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise lasse seine Attraktivität nach.

Aus Identitätsgründen suche man in der Region verstärkt nach „islamischen“ Lösungen, wobei insbesondere die Türkei als interessantes Modell gelte. Die Region werde seiner Meinung nach künftig stärker von regionalen als von westlichen Kräften geprägt werden. Der Iran werde zwar durch den arabischen Frühling in seiner regionalen Stellung eher geschwächt, nicht aber das Regime. Die Iraner hätten die Revolution von 1979 in bitterer Erinnerung und wollten neue politische Umbrüche nur, wenn sie wüssten, was sie erwartete. Schon nach den Parlamentswahlen vom 2. März 2012 erwartet Khajepour politische Änderungen in Teheran.

Neben Iran standen Ägypten, Tunesien, Irak, Syrien, Jemen, Israel und Palästina im Mittelpunkt des zum fünften Mal gemeinsam von der Katholischen Akademie Die Wolfsburg in Mülheim und der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführten Mülheimer Nahostgesprächs. Die Region Nahost und Nordafrika war immer schon konfliktreich, aber die Komplexität der dortigen politischen und gesellschaftlichen Strukturen wurde vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen besonders deutlich, da die zu beobachtenden Transformationsprozesse die autoritären Herrschaftsstrukturen teilweise erheblich herausfordern, verändern, wenn nicht sogar beseitigen.

Doch selbst in den Ländern, in denen die Arabellion ihren Ausgang nahm, Tunesien und Ägypten, ist der Prozess noch offen und nicht überall ist schon eine Verbesserung durch den politischen Wandel zu sehen.

Die Lage der Kopten in Ägypten

Besonders bedrückend ist die Lage oftmals für die Minderheiten, wie beispielsweise für die koptischen Christen. Schon im Nahostgespräch des vergangenen Jahres hatte ein koptischer Referent auf die brutalen Attacken auf diese alte ägyptische Religionsgemeinschaft hingewiesen und die Forderung an den damaligen Präsidenten Mubarak formuliert, sich für ihren Schutz zu engagieren. Doch auch nach dem Sturz Mubaraks hat sich nichts an der bedrückenden Situation der Kopten geändert. Im Gegenteil: radikalislamische Gruppen scheinen heute gezielt Kopten zu jagen. Seit dem Beginn des Umbruchs in Ägypten hat sich die Sicherheitslage dadurch weiter verschärft. Selbst die ägyptischen Sicherheitskräfte haben in den letzten Wochen Dutzende Kopten ermordet.

Der koptische Diakon Said Basta Badres zeigte grausame Bilder des Vorgehens der ägyptischen Sicherheitskräfte gegen friedlich für Religionsfreiheit demonstrierende Kopten vom 9. Oktober, wobei alleine mindestens 36 Kopten umgebracht und viele der Leichen in den Nil geworfen worden waren. Badres bedauerte, dass die friedliche Stimmung der ersten Revolutionszeit, als

Kopten und Muslime gemeinsam auf dem Tahrirplatz gegen das Mubarak-Regime demonstriert hätten, einer angespannten und konfrontativen Atmosphäre gewichen seien.

Auf dem Tahrirplatz hatte man sich gegenseitig vor Übergriffen geschützt: wenn die Muslime sich zum Gebet niederließen wurden sie von den Kopten bewacht. Wenn die Kopten beteten, passten die muslimischen Mitstreiter auf sie auf. „Das war für mich das schönste Bild 2011“ kommentierte Badres ein Foto von den demonstrierenden Massen auf dem Tahrirplatz.

„Aber dass die Islamisten jetzt die Revolution stehlen, dafür haben die Kopten nicht gekämpft“, erläuterte er. Bei den seit dem 28. November stattfindenden Wahlen sieht er die verschiedenen islamistischen Parteien bei 70 %. Allein 40% dürften die Muslimbrüder erreichen.

Badres beklagte die rechtliche Benachteiligung der Kopten: Zwar zahlten sie Steuern, diese Gelder würden aber nur einseitig für den Moscheebau verwendet, nicht jedoch für den Bau von koptischen Schulen und Kirchen. „Die Kopten haben keine vollen Bürgerrechte und es gibt in Ägypten eine Kultur der Nichtbestrafung von Verbrechen gegen Kopten“, führte Badres aus. Besonders bedrückend sei es aber, dass zum Christentum konvertierte Muslime mit der Todesstrafe bedroht würden, weshalb Badres forderte, diesen Menschen Asyl zu gewähren. Immerhin gebe es einige mutige Muslime, die sich für die Kopten einsetzen würden, diese seien aber selbst der Verfolgung durch radikale Muslime ausgesetzt.

Tunesien: Hoffnung auf demokratischen Wandel

In Tunesien stellen die Islamisten heute die stärkste politische Kraft dar. Für Imen Galala-Arndt vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg ist dies keine wirklich wünschenswerte Entwicklung für ihre tunesische Heimat: Zwar seien die Wahlen am 23. Oktober friedlich und feierlich verlaufen und vielleicht die ersten freien Wahlen in der arabischen Welt gewesen, aber die islamistische

Partei Ennahda (Wiedergeburt) habe ihre Unterschrift unter den republikanischen Pakt verweigert, der unter anderem den Schutz der Rechte der Frauen vorsehe. Gallala-Arndt sieht bei der Ennahda einen doppelten Diskurs: nach außen verhalte man sich ähnlich wie die türkische Partei AKP, die die Bewahrung der Frauenrechte und die Annäherung an die EU betone, die Basis bediene man aber mit einem sehr religiösen Diskurs. Als Beispiel nannte Gallala-Arndt die frauenfeindliche Debatte über unverheiratete Mütter. Doch wenngleich Gallala-Arndt einen sich zuspitzenden Streit zwischen den religiösen und den modernen Kräften beobachtet hat, so glaubt sie doch, dass der Konflikt friedlich bleiben werde. Und in punkto Meinungsfreiheit sieht sie die Tunesier ohnehin auf der Gewinnerseite: „Vor dem Sturz Ben Alis ist die Beschränkung der Meinungsfreiheit schlimmer als in Ägypten gewesen, heute erleben die Tunesier eine Freiheit wie nie zuvor in der Geschichte ihres Landes, so Gallala-Arndt.

Spannungen am Golf – Krisenherd Jemen

Auch am Golf brodelt es. Der Jemenit Abdulaziz al-Mikhlafi, Generalsekretär der Arabisch-Deutschen Industrie und Handelskammer (Ghorfa, berichtete über die Lage in seiner Heimat. Der Jemen sei in den letzten Jahren durch eine sehr wechselhafte Geschichte gegangen: Wie Deutschland wurde das geteilte Land im Jahre 1990 wieder vereint.

Seitdem sei es aber durch zahlreiche Krisen und Machtkämpfe erschüttert worden. Zwar werde das Land seit 1978 autoritär von Präsident Saleh und seinem Clan regiert, aber über weite Teile des Landes habe er und die im noch folgenden Teile der Armee inzwischen die Kontrolle an die Stämme verloren. Machtmissbrauch, Vetternwirtschaft und Korruption kennzeichneten die krisenhafte Situation im Land, die prekäre Sicherheitslage trage dazu bei, dass der Tourismus weitgehend zusammen gebrochen sei und somit eine wichtige Einnahmequelle fehle. Auch Investitionen aus dem Ausland blieben aus. Verheerend sei auch die Bildungssitua-

tion: immer noch seien 50 % der Jemeniten Analphabeten.

Insbesondere Frauen litten hierunter, was sich auch in der geringen wirtschaftlichen Beteiligung der Frauen in Höhe von nur 20 Prozent widerspiegeln. Die Situation der Jugendlichen - immerhin 60 Prozent der Jemeniten seien unter 25 Jahre alt - sei entsprechend hoffnungslos, was die Bildungssituation und die Berufsperspektiven angehe.

Doch die Jemeniten seien nach Meinung al-Mikhlafis optimistisch: Sie protestierten weiter friedlich für einen grundlegenden Wandel im Land.

Föderalismus und Subsidiarität sieht al-Mikhlafi als wichtige Voraussetzungen an, um die divergierenden regionalen Interessen der Stämme zu erfüllen. Die internationale Gemeinschaft sollte hier seiner Meinung nach eine unterstützende und kanalisierende Rolle spielen.

Jemen, in der antike arabia felix, glückliches Arabien, genannt, hat noch einen langen Weg zu einer glücklichen Zukunft vor sich.

Syrien: Von der Teehausrevolte zum Bürgerkrieg?

Auch Syrien wird seit Anfang des Jahres durch anfangs noch friedliche Proteste, die inzwischen aufgrund der brutalen Unterdrückung durch das Regime Bashar al-Asads bürgerkriegsartige Ausmaße angenommen haben, erschüttert. Syrienexperte und Autor (Syria: Ballots or bullets) Carsten Wieland stellte die Entwicklung der Protestbewegung vor und zeigte verschiedene Perspektiven auf. Eine erste Öffnung habe es nach dem Machtantritt von Assad im Jahre 2000 gegeben, doch der damalige sogenannte Damaszener Frühling sei nur von sehr kurzer Dauer gewesen. In den letzten acht Jahren habe das Regime jegliche Opposition brutal unterdrückt. Wieland zitierte den syrischen Philosophen und Reformakteur Sadiq al-Azm, der im Sommer dieses Jahres in Berlin gesagt hatte, der Damaszener Frühling von 2001 sei die „Generalprobe“ für die heutigen Proteste gewesen. Schon vor zehn Jahren sei es den syrischen Reformern um

Freiheit von Unterdrückung, um soziale und wirtschaftliche Perspektiven gegangen.

Doch obwohl die Protestbewegung von breiten Schichten, auch der Mittelklasse, getragen worden sei, habe Assad die Möglichkeit einer Aussöhnung mit der Opposition verpasst. Laut Wieland gebe es in der syrischen Opposition einige gemeinsame Perspektiven, wie den Sturz Assads, die Ablehnung sektiererischer Spaltungen, sowie die Ablehnung einer Intervention von außen. Doch gebe es auch Spaltungslinien, die einen gemeinsamen Kampf der Opposition erschweren: die Gewaltfrage, die Haltung zur Religion und zum Arabischen Nationalismus und auch die Frage der Nutzung der neuen Medien im Kampf gegen das Regime, trennen die Opposition.

Bei den religiösen Minderheiten bestünde zudem die Sorge, dass das tolerante Syrien, in das sich in den letzten Jahren auch Tausende Christen vor der Verfolgung im Irak geflüchtet haben, bald der Geschichte angehören könnten. Aus religiösem Hass motivierte Übergriffe nähmen bereits zu. Doch das Regime zu stützen, um die Christen zu schützen, sei keine Alternative zum notwendigen Wandel.

Fünf grundsätzliche Entwicklungen sieht Wieland für Syrien: Ein Weiterbestehen des Regimes unter Assad oder ohne Assad (nach einem Putsch). Ein nationaler Versöhnungsdialog und eine graduelle Transition durch Assad und der vom Regime tolerierten „guten Opposition“, wie beispielsweise Michel Kilo.

Regimewechsel und Demokratisierung als „best-case“- und Chaos und Bürgerkrieg als „worst-case“-Szenarien seien ebenfalls durchaus noch Möglichkeiten der syrischen Entwicklung. Viel werde auch davon abhängen, wie sich die äußeren Gegner und Verbündeten des syrischen Regimes verhalten würden. Wird es durch den Druck der Arabischen Liga eine innerarabische Lösung geben? Wird die Türkei die geplante fünf Kilometer-Schutzlinie einrichten? Wird Russland das befreundete Regime mit Waffenlieferungen den Rücken stärken? Werden bewaffnete Gruppen aus Irak und Iran das

Regime unterstützen? Solange eine innerarabische Lösung möglich erscheine, sieht Wieland gute Chancen dafür, dass sich im Kampf gegen das Regime pro- und antiwestliche Gruppen verbündeten.

Eine westliche Intervention hält er derzeit dagegen nicht für ratsam.

Irak zwischen Aufbau und Gewalt

Welche Bilder nehmen wir von den Entwicklungen in der arabischen Welt wahr? Inwieweit spiegeln sie die Wirklichkeit, inwieweit eher unsere eigenen Erwartungen? Am Beispiel der Entwicklung des Irak, der sich seit der militärischen Intervention im Jahre 2003 in einem tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Wandel befindet, wies der Irakkenner Awat Asadi auf die sehr selektive Wahrnehmung unserer Medien hin: Obwohl Irak sich stabilisiere und weniger Anschläge zu verzeichnen seien, in Erbil im Norden des Landes zum Beispiel seit 2003 gar keine mehr, würden die Medien sich auf die Berichterstattung über die Terrorattacken konzentrieren.

Dabei sei Irak nach dem Sturz Saddams nicht nur die Wiedereingliederung in die Völkerfamilie und eine deutliche Verbesserung der Lebensumstände geglückt, sondern es seien auch erste Ansätze eines Demokratisierungsprozesses zu verzeichnen. Die Verfassung von 2005/2006 bilde die Basis für eine neue demokratische Ordnung, in der Föderalismus, das Prinzip der Zweisprachigkeit (arabisch und kurdisch), Menschenrechte und Frauenrechte gewährleistet würden. Ein Problem sei aber die „schwache Integriertheit der Bevölkerung Insgesamt“: 80 Jahre lang habe die Macht in den Händen der sunnitischen Araber gelegen, die den nation building Prozess nicht vorangetrieben hätten.

Auch bedeute die neue Demokratie nach 40 Jahren Diktatur nicht das Ende aller Probleme: Irak stehe bei der Korruption weltweit an dritter Stelle. Auch die ehemaligen Nutznießer des Saddam Regimes entfalteten trotz der Ent-Baathifizierung noch ihre destruktiven Kräfte – der Staat sei auch zu

schwach, um den Terror ganz in den Griff zu bekommen.

Obwohl Asadi den Irak als „Transformationsland mit offenem Ausgang“ bezeichnete, zog er doch eine insgesamt positive Bilanz: Insbesondere der wirtschaftliche Aufbau komme gut voran: „Es gibt eine positive Wende. Das Land hat auch das Geld, seine rückständige Lage zu verbessern.“

Israel in Bedrängnis

Bis zum arabischen Frühling galt Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten. Und immer noch spielt Israel in der Region eine Sonderrolle. Der Leiter des Jerusalemer Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung, Michael Mertes, betonte die günstige Lage im Lande. Die Lebenszufriedenheit in Israel sei laut einer Gallup-Umfrage sehr hoch – Israel stehe auf Rang sieben von 147 berücksichtigten Nationen. In Haifa und Tel Aviv lebe man unbeschwert, ohne dass man Probleme wahrnehme. Generell sei der Veränderungsdruck eher niedrig. Doch auch Israel blieb in den letzten Wochen nicht von Sozialprotesten verschont. Auf dem Rothschild-Boulevard habe sich die Mittelschicht artikuliert, die arbeite und Steuern zahle, dabei ein Drittel der Gesellschaft ausmache, so Mertes.

Die Lage für die in Israel lebenden Araber sieht Mertes ebenfalls eher positiv. Trotz Diskriminierungen gehe es ihnen so gut, dass die Mehrheit der befragten Araber aus Ost-Jerusalem bei einer Umfrage einen Verbleib in einem Staat Israel befürwortet habe. Dagegen sei die Lebenszufriedenheit in den palästinensischen Gebieten sehr niedrig.

Die Stimmung in Israel bezüglich der angestrebten palästinensischen Eigenstaatlichkeit spiegele sich ebenfalls in aktuellen Umfragewerten wieder: 70 Prozent der Israelis seien demnach für die Zweistaatenlösung. Auch Netanyahu befürworte diese aus demographischen Gründen. Doch wie wird sich Israel weiter entwickeln? Die israelische Gesellschaft sei zunehmend in arm und reich, jüdisch-orthodox und säkular, sowie sephardisch und ashkenasisch gespalten.

Für Israel werde es eine Herausforderung, angesichts des zunehmenden jüdisch-orthodoxen Bevölkerungsanteils zugleich jüdisch und demokratisch zu sein.

Palästinensische Intifada und arabischer Frühling

Der palästinensische Generaldelegierte Abdel Shafi stellte in seinem Vortrag den Kampf der Palästinenser in einen direkten Kontext zum arabischen Frühling: So habe der „palästinensische Frühling“ bereits mit der ersten Intifada im Jahre 1987 begonnen: „damals gingen die Palästinenser auf die Straßen, haben für Freiheit und ein Ende der Okkupation demonstriert“, so Shafi. Obwohl es den Palästinensern damals wirtschaftlich gut gegangen sei und sie auch mehr Bewegungsfreiheit als heute gehabt hätten, hätten sie sich durch die israelische Siedlungspolitik „existenziell bedroht“ gefühlt. Durch die palästinensischen Proteste seien die Israelis „wachgerüttelt“ worden: Ihnen wurde klar: hier lebt ein Volk unter israelischer Besatzung.

Obwohl in der PLO-Charta damals noch die Zerstörung Israels gestanden habe und die PLO Israel erst 1996 anerkannt habe, sei es doch zu Verhandlungen gekommen. Daran müsse Israel erinnert werden, wenn es heute als Vorbedingung eine Anerkennung durch Hamas fordere. Hamas habe Israel eine „hudna“, einen langfristigen Waffenstillstand, angeboten, die Palästinenser wollten aber einen dauerhaften Frieden, sagte Shafi. Sicherheit müsse es aber für beide Seiten, für Israel und die Palästinenser, geben und Israel dürfe im Falle einer Friedenslösung keine Soldaten auf palästinensischem Territorium belassen.

Der Antrag auf Aufnahme Palästinas in der UNO ist für Shafi nur konsequent: „Ausgerufen wurde Palästina bereits im Jahre 1988 und es wurde damals von über 90 Staaten anerkannt. Bei unserem Gang vor die UNO ging es daher um Aufnahme, nicht um Anerkennung“, so der Generaldelegierte. Auch die Weltbank habe inzwischen bezeugt, dass die palästinensische Regierung in der Lage sei, die Funktionen eines souveränen Staates

tes zu übernehmen, daher habe man diesen Schritt getan.

Die arabische Rolle im Nahostkonflikt beschrieb Shafi als konstruktiv, insbesondere mit Blick auf die von allen arabischen Staaten angenommene arabische Friedensinitiative aus dem Jahr 2002. Dort sei auch bezüglich des Rückkehrrechts der Palästinenser eine „fair verhandelte Lösung des Flüchtlingsproblems“ angesprochen worden – die Verwirklichung des Rückkehrrechts müsse daher ein Ergebnis von Verhandlungen sein.

Die Arabellion habe, nach Ansicht von Shafi, nichts mit dem Nahostkonflikt zu tun, sondern mit den Lebensbedingungen in den arabischen Ländern. Dennoch werde man bald einen Zusammenhang erkennen, denn die Araber seien emotional eng mit Palästina verbunden. Der Angriff auf die israelische Botschaft in Kairo, der zeitweise Abzug des israelischen Botschafters aus Amman, der Marsch auf die syrisch-israelische Grenze, all dies seien Warnsignale. Und demokratische Regierungen in der arabischen Welt müssten sensibler auf die Wünsche der Bevölkerung eingehen. Selbst die Regierungen, die noch nicht wackelten, seien sensibler geworden, so Shafi.

Walter Posch, von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, ging in seinem Beitrag vor allem auf die Lage am Golf und den schiitisch-sunnitischen Konflikt ein. Einen Mangel an Demokratie in allen Staaten, das Aufbegehren der Mittelschicht, die zumeist die gesellschaftliche Verankerung der Herrschaftssysteme darstellten und einen oftmals verpassten „Generationenwechsel“ in den Machtstrukturen, machte er für den arabischen Frühling als ursächlich aus. Dabei seien Staaten mit relativ homogenen Gesellschaften, wie Tunesien, wesentlich besser in der Lage, die Transformationsprozesse zu bewältigen, als heterogene Gesellschaften, wie Syrien, wo der Wandel sehr konfliktreich verlaufe.

Wichtig ist für Posch auch die Frage, ob die alten Regime Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielen könnten oder nicht. So hätten sich die koptischen Christen in Ägypten

nicht instrumentalisieren lassen, wohl aber habe es das syrische Regime verstanden, die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Und wenngleich es immer noch Kräfte in der Region gebe, die auf antiwestliche und antizionistische Stimmungen setzten, so seien diese doch nicht die „tragenden Elemente“ der Umbrüche in der Region.

Transformationspartnerschaften und Politische Stiftungen

Die Vielschichtigkeit der Probleme und die sehr unterschiedlichen Perspektiven der Länder der Region wurden im Nahostgespräch deutlich. Klar wurde dabei auch: der tiefgreifende Wandel stellt einen historischen Einschnitt dar, der langfristige Auswirkungen auch auf unser Verhältnis zu den Ländern in Nahost und Nordafrika haben wird. Am Beispiel der deutschen Transformationspartnerschaften mit Tunesien und Ägypten, erläuterte Oliver Ernst, Länderreferent der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Nahen Osten, welche Möglichkeiten sich für die deutsche Politik eröffneten, den Transformationsprozess zu unterstützen. Die Politischen Stiftungen, die seit Jahrzehnten in der Region arbeiteten, um die Zivilgesellschaften zu stärken und Demokratie zu fördern, spielten dabei eine ganz zentrale Rolle.

Neue Zielgruppen, wie die ägyptischen Imame und neue politische Akteure, beispielsweise Vertreter der zahlreichen neugegründeten Parteien, stünden im Mittelpunkt der Arbeit. Kernthemen der Internationalen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, wie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, könnten heute mit lokalen Partnern viel offener als noch vor einem Jahr bearbeitet werden. Die Aufarbeitung der Vergangenheit und die menschenrechtliche Schulung der Sicherheitsorgane zählten unter anderem zu den sensiblen neuen thematischen Herausforderungen, denen sich die Konrad-Adenauer-Stiftung stelle.

Dabei greife die Konrad-Adenauer-Stiftung auch auf die zahlreichen Erfahrungen aus anderen Transformationsprozessen zurück, wie die Transitionen in Ost- und Mitteleuro-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN

DR. OLIVER ERNST

November 2011

www.kas.de

pa, die von der KAS ebenfalls aktiv begleitet worden waren. Wenngleich sich die beiden Regionen politisch unter völlig verschiedenen Voraussetzungen transformierten, so hätten die letzten Monate doch gezeigt, dass man in Nordafrika und im Nahen Osten durchaus Interesse an den deutschen und europäischen Erfahrungen habe. Ein konstruktiver Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe entwickle sich und verbinde unsere Gesellschaften viel stärker, als dies unter den früheren autoritären Strukturen der Fall war.